



Regierungsratsbeschluss vom 26. Mai 2026

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS; Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer; Vernehmlassung

P260335

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Begründung

Im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage wird vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer befristet auf zehn Jahre zu erhöhen und die resultierenden Mehreinnahmen zweckgebunden für die Stärkung der Sicherheit und Verteidigung der Schweiz einzusetzen. Im Rahmen seiner Stellungnahme hält der Regierungsrat fest, dass er befürwortet, dass die langfristige Stärkung der Sicherheit und Verteidigung der Schweiz gewährleistet sein muss. Er begrüsst zudem, dass die Vorlage den Finanzierungsbedarf sowohl im Bereich Armee als auch bei zivilen sicherheitsrelevanten Ämtern thematisiert. Schliesslich hält er fest, dass die Finanzierung der damit verbundenen Investitionen und Ausgaben nicht zu Lasten der Kantone gehen darf.

